



Reden

14.11.2012

Thema: Dringlichkeitsantrag - Bericht über den Umgang mit Steuerhinterziehung, Geldwäsche und so genanntem Schwarzgeld

Florian Streibl (FW): Sehr geehrter Herr Präsident, Herr Ministerpräsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Der HVB-Bericht, der Sonderermittlungsbericht, liest sich quasi wie ein Frankenkrimi. Wir stellen uns mehrere Fragen: Was haben Sie alles gewusst? Was haben Sie dem Ausschuss alles nicht erzählt? Es gibt dieses Konvolut von über 100 Seiten, das auch belastendes Material enthält. Darin ist Material über sogenannte, wie es Mollath nennt, Schwarzgeldseminare enthalten; es sind Kontonummern, Buchungsanordnungen, Überweisungsanträge, eine Vollmacht enthalten. Darauf hat er immer wieder hingewiesen. Die Bank hat das Ganze ernst genommen und hat daraufhin Ermittlungen eingeleitet. Diese Ermittlungsergebnisse liegen uns jetzt dank der Presse, so muss ich sagen, vor. Beim HVB-Bericht sind Sie nur auf Nebenschauplätze eingegangen, aber nicht auf das Ergebnis dieses Berichtes und seine wesentlichen Teile, die hier genannt worden sind. Sie sind auch nicht darauf eingegangen, was in diesem Bericht steht, dass zu den möglichen Kunden wohl auch eine allgemein bekannte Persönlichkeit gehörte. Das alles haben Sie nicht gesagt. Warum haben Sie das nicht gesagt? Bitte erklären Sie sich hierzu; denn ansonsten müssen wir uns, wie das Frau Kollegin Aures angedeutet hat, Gedanken über einen Untersuchungsausschuss machen, um diese Vorgänge und Arbeitsweisen im Ministerium aufzuklären. Das ist die Aufgabe, vor der wir stehen. Deshalb sind wir auch so empört darüber, dass Sie uns nicht die volle Wahrheit gesagt haben. Sie haben uns quasi belogen, und damit nicht nur den Bayerischen Landtag, sondern auch das bayerische Volk.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Dieser Skandal hat hier in diesem Hause eine neue Qualität. Wir als Abgeordnete müssen uns schließlich immer darauf verlassen, dass die Antworten, die auf unsere Anfragen an die Staatsregierung kommen, wahr und vollumfänglich sind. Man muss mit ihnen arbeiten können und die Information erhalten, die man für seine parlamentarische Arbeit benötigt. Dieses Vertrauen haben Sie erschüttert. Das ist für dieses Haus eine ganz große Belastung; letztlich auch eine Belastung für die Justiz in Bayern.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Mein Resümee: Sie haben der bayerischen Justiz einen Bärendienst erwiesen. Sie hätten sich im März dieses Jahres hinstellen und alles an den Tag legen können. Sie hätten genau berichten können. Hier geht es nicht um Herrn Mollath, sondern es geht um Sie. Es geht darum, was Sie uns erzählt haben bzw. um das, was Sie uns nicht erzählt haben. Deshalb sollten Sie die politische Verantwortung übernehmen und zurücktreten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN - Zurufe von der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Aus der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN liegen mir zwei Meldungen für eine Zwischenbemerkung vor. Wer will die Zwischenbemerkung machen? Bitte, Frau Kollegin Ackermann.

Renate Ackermann (GRÜNE): Herr Kollege Streibl, stimmen Sie mir zu, wenn ich sage, dass die Darstellungen des Herrn Kollegen Heike ein Mobbing von Schutzbefohlenen darstellt? (Beifall bei den GRÜNEN)

Er hebt auf Punkte ab, die in diesem Zusammenhang vollkommen irrelevant sind. Entscheidend ist der Vorwurf, dass wichtige Fakten vorenthalten wurden. Dieser Vorwurf bleibt bestehen, ganz egal, was dieser Herr ansonsten noch von sich gegeben hat. Er hat richtige Fakten übermittelt, die ignoriert worden sind. Darum geht es. Es hilft Ihnen keinen Millimeter weiter, wenn Sie immer wieder mit Blödsinnszitate daherkommen. Sie müssen sich um die Fakten kümmern. Das haben Sie nicht getan.

(Beifall bei den GRÜNEN und den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Herr Streibl.

Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Frau Kollegin, ich stimme Ihnen insoweit zu: Hier wurde wieder versucht, von den eigentlichen Tatsachen und dem eigentlichen Vorwurf, der im Raum steht, abzulenken. Hier wurde eine schutzbefohlene Person instrumentalisiert. Das ist ein weiterer Skandal, der ebenso angeprangert werden muss.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)